

Positionsbezüge der Parteien zu bildungspolitischen Leitfragen

Beitrag an den Schweizer Bildungstag 2019, im Auftrag des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz LCH und des Syndicat des enseignants romands SER

Familien- bzw. schulergänzende Betreuung							
	SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
Sollen familienergänzende Betreuungsstrukturen (Kitas, Krippen etc.) für 0-4-Jährige flächendeckend angeboten werden?	ja	ja	ja	ja	eher ja	eher nein	nein
<p>BDP: Gute Betreuungsstrukturen tragen zur Chancengerechtigkeit bei und erleichtern den Schuleintritt.</p> <p>GLP: Tâche des cantons et communes, en fonction des besoins.</p> <p>SVP: Nein, nicht flächendeckend, ist Sache der Gemeinden und Privaten vor Ort zu entscheiden und auch zu finanzieren.</p>							
Sollen schulergänzende Betreuungsstrukturen (Tagesstrukturen/-schulen) flächendeckend angeboten werden?	ja	ja	ja	ja	eher ja	eher ja	nein
<p>BDP: Die BDP hat die Schaffung von schulergänzenden Betreuungsstrukturen immer unterstützt und zum Beispiel schon vor Jahren die Einführung von Tagesschulen gefordert.</p> <p>GLP: Tâche des cantons et communes, en fonction des besoins.</p> <p>SVP: Nein, ist bedürfnisgerecht vor Ort in den Gemeinden zu entscheiden - Schulautonomie und auch Kosten sind entsprechend vor Ort zu tragen.</p>							
Braucht es in schulergänzenden Betreuungsstrukturen (Tagesstrukturen/-schulen) pädagogisch ausgebildetes Personal?	ja	ja	eher nein	eher nein	nein	eher nein	eher nein
<p>BDP: In der Regel sollen Fachangestellte Betreuung eingesetzt werden. Punktuell kann es Modelle geben, in denen der Einsatz von pädagogisch ausgebildetem Personal sinnvoll sein kann. Wichtig ist, dass es nicht eine Voraussetzung ist und deshalb die Flexibilität bei den Modellen grösstmöglich ist.</p>							
Sollen sich die Erziehungsberechtigten finanziell an den Betreuungskosten beteiligen müssen...							
...bei familienergänzenden Betreuungsstrukturen (Kitas, Krippen etc.)?	eher ja	eher ja	eher ja	eher ja	ja	ja	ja
<p>BDP: Die heutigen Kosten aber sind für den Mittelstand und die Gutverdienenden zu hoch. Das muss sich dringend ändern. Nebst den Vorteilen die es für das Kind hat, ist auch Grundbedingung für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf.</p> <p>CVP: Die Kosten dürfen aber nicht zu hoch sein.</p> <p>SP: L'effort des personnes investies de l'autorité parentale doit être proportionnel à la capacité économique. Pour les bas revenus, il faut mettre à disposition ces offres gratuitement.</p>							
...bei schulergänzenden Betreuungsstrukturen (Tagesstrukturen/-schulen)?	eher ja	eher nein	ja	eher ja	ja	eher nein	ja
<p>BDP: Eine geringe finanzielle Beteiligung ist durchaus zu verantworten. Es muss aber darauf geachtet werden, dass der Mittelstand nicht zu hoch belastet wird. Die Kosten sollten sich auf die Verpflegung beschränken. Grundsätzlich soll die Kostenlosigkeit der Schule erhalten bleiben.</p> <p>Grüne: Bei Tagesstrukturen: nein, ausser für Mittagsverpflegung.</p> <p>SP: L'effort des personnes investies de l'autorité parentale devrait être proportionnel à la capacité économique.</p>							

Fremdsprachenerwerb							
	SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
Sollen alle Jugendlichen im Verlauf ihrer Ausbildung (inklusive Sekundarstufe II) zumindest einmal an einem länger dauernden (Sprach-) Austausch- und Mobilitätsprojekt teilnehmen?	ja	ja	eher ja	ja	ja	ja	eher nein
BDP: Dieser Austausch muss aber in ein Gesamtkonzept gebracht werden (Lektionenzahl, Mobilitätskonzept). Das heisst: ein längerer Sprachaustausch kann auch einen Einfluss auf die erteilten Lektionen haben, z.B. angerechnet werden etc. GLP: C'est souhaitable, mais il ne faut pas le rendre obligatoire.							
Soll der Bund Programme und Projekte zur Förderung des Sprachaustauschs innerhalb der Schweiz mitfinanzieren?	ja	ja	eher ja	ja	eher ja	eher nein	eher nein
Ausbildung der Primarlehrpersonen (Zyklus 1 und 2)							
	SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
Sollen auch die Primarlehrpersonen (Zyklus 1 und 2) über einen Masterabschluss verfügen?	eher ja	eher ja	nein	nein	nein	eher nein	nein
BDP: Wir haben gut ausgebildete Lehrpersonen. Grüne: Sie sollen damit für eine Fächergruppe ausgebildet/qualifiziert sein. SP: Dans la perspective d'une revalorisation de la progression, nous sommes plutôt en faveur de cette proposition.							
Sollen die Primarlehrpersonen (Zyklus 1 und 2) in möglichst allen Unterrichtsfächern ausgebildet werden (generalistische Ausbildung)?	ja	nein	eher nein	nein	ja	eher ja	ja
BDP: Auch wenn es manchmal nicht ganz einfach ist bei der Rekrutierung, so hat das heutige Ausbildungssystem eben doch Vorteile. Grüne: Über die generalistische Ausbildung verfügen die Primarlehrpersonen durch die Matura. Die Lehrqualifikation sollte für eine Fächergruppe erlangt werden. Anzustreben ist: 3-4 Personen decken den Fächerkanon (inkl. musisch-kreative Fächer und Sport) für eine Doppelklasse ab.							
Übergang I (obligatorische Schule – Sekundarstufe II)							
	SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
Sollen 95% eines Jahrgangs bis zum 25. Lebensjahr einen Abschluss auf Sekundarstufe II haben?	ja	ja	ja	ja	ja	ja	eher ja
Soll die Schulpflicht bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs dauern?	ja	nein	nein	ja	nein	eher nein	nein
Grüne: elf Schuljahre SP: L'Etat devrait garder une certaine responsabilité. Les situations où les jeunes de 15-16 ans sont encore sans orientation peuvent comporter un certain risque de décrochage.							
Braucht es einen Ausbau von Brückenangeboten für Jugendliche, die nach der Schule (Zyklus 3) keinen Ausbildungsplatz gefunden haben (z.B. Berufswahljahr, Beschäftigungsprogramme, Beratung, Case Management etc.)?	ja	ja	ja	eher ja	eher nein	eher nein	eher nein
BDP: Es muss darauf geachtet werden, dass Brückenangebote in allen Kantonen angeboten werden (insb. Case Management). Grüne: Pro Kanton prüfen, welche Ergänzungen nötig/sinnvoll sind. Massstab: Niemand wird abgehängt.							

Chancengerechtigkeit							
	SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
Sollen die kantonal grossen Unterschiede in den Maturitätsquoten (gymnasiale Matur, Berufsmatur und Fachmatur) verringert werden?	eher ja	eher ja	nein	eher nein	nein	eher nein	nein
<p>BDP: Gerade im dualen Bildungssystem spielt die Quote in unseren Augen keine zentrale Rolle.</p> <p>CVP: Für uns ist die Frage nicht ganz klar. Wir wollen die kantonalen Unterschiede bezüglich des Maturitätsniveaus verringern. Die CVP macht sich stark für ein qualitativ hochstehendes Gymnasium ohne systematische Erhöhung der Maturitätsquote.</p> <p>Grüne: Der Weg führt nicht über Zulassungsquoten oder „Aussieben“, sondern ab Vorschulstufe über spezifische Förderung.</p> <p>SP: Harmonisation dans quel sens? Si cela va dans le sens d'une augmentation globale du nombre de titulaires d'une maturité (en particulier en ce qui concerne la maturité professionnelle), alors nous sommes tout à fait pour. Il faut tout de même veiller à tenir compte des diverses sensibilités cantonales.</p>							
Es ist breit anerkannt, dass der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen stark vom sozioökonomischen Status ihrer Eltern abhängt. Soll die Politik diesem Umstand mit zusätzlichen Massnahmen entgegenwirken?	ja	ja	ja	eher ja	eher ja	eher nein	nein
<p>BDP: Es gilt, spezifische und individuelle Massnahmen zu definieren, welche den unterschiedlichen Herausforderungen in den Kantonen und einzelnen Gemeinden gerecht werden.</p> <p>Grüne: Gefragt sind nicht nur Massnahmen im Bildungsbereich, sondern beispielsweise Arbeitsmarktpolitik, Vereinbarungsthematik, Armutsbekämpfung, Mindestlöhne, Wohnbauförderung, Tagesstrukturen (Tagesschulen), ...</p> <p>SVP: Es gibt heute genügend Möglichkeiten.</p>							
Hochschulen							
	SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
Befürwortet Ihre Partei grundsätzlich die finanzielle Unterstützung staatlicher Hochschulen (Sponsoring von Lehrstühlen und Forschungsvorhaben, Fundraising) durch Private bzw. die Wirtschaft?	nein	nein	ja	ja	eher ja	ja	ja
<p>GLP: Sous condition d'indépendance scientifique.</p> <p>Grüne: Projektbezogene Förderung anwendungsorientierter Forschung sowie Subjektfinanzierung (z.B. für Weiterbildungsteilnehmende) ist aus Sicht der GRÜNEN ausreichend.</p>							
Braucht es eine stärkere Regulierung der finanziellen Unterstützung staatlicher Hochschulen (Sponsoring von Lehrstühlen und Forschungsvorhaben, Fundraising) durch Private bzw. die Wirtschaft?	ja	ja	eher ja	eher nein	nein	nein	nein
<p>BDP: Hier handelt es sich weniger um eine Frage der Regulierung, sondern um eine Frage der Haltung. Volle Transparenz ist ein Muss.</p> <p>CVP: Es braucht keine stärkeren Regulierungen. Wir erwarten aber von den Hochschulen, dass sie transparent über die finanziellen Unterstützungen durch Private und die Wirtschaft informieren.</p> <p>SP: Il faut une transparence totale des moyens privés engagés. Il faut des mesures pour préserver l'indépendance et l'autonomie de la recherche.</p>							

Gesundheitsschutz in der Schule							
	SP	Grüne	GLP	BDP	CVP	FDP	SVP
Sollen für Schulen gewisse Normen zum Gesundheitsschutz (z.B. Raumgrösse, Luftqualität) staatlich vorgeschrieben werden, wie sie z.B. auch für Grossraumbüros gelten?	ja	ja	eher ja	eher nein	nein	nein	nein
BDP: Die kantonalen Vorgaben sollten genügen, bzw. die offiziellen staatlichen Qualitätsnormen von den Kantonen übernommen und angewandt werden. GLP: Pour autant que ces normes n'existent pas déjà. Grüne: Normen zu Raumgrösse existieren schon: in kantonalen Verordnungen zum Schulhausbau.							
Sollen die kantonalen Arbeitsinspektorate die Einhaltung gesundheitsbezogener Normen in den Schulen überprüfen und gegebenenfalls Verbesserungen anordnen?	ja	eher nein	eher ja	eher nein	nein	nein	nein
Grüne: Wenn das Arbeitsinspektorat, dann würde es um die Gesundheitsschutzaspekte für die Lehrpersonen und das Schulpersonal gehen.							

Abkürzungen:

BDP: Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz

Grüne: Grüne Partei der Schweiz

CVP: Christlichdemokratische Volkspartei

SP: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

FDP: FDP.Die Liberalen

SVP: Schweizerische Volkspartei

GLP: Grünliberale Partei Schweiz

Methodischer Hinweis:

Um einen systematischen Vergleich der bildungspolitischen Positionen zu ermöglichen, definierte das Büro Vatter gemeinsam mit dem Koordinationsbüro LCH/SER spezifische Themenbereiche und Leitfragen, zu denen sich die Parteien äussern sollten. Die nationalen Parteisekretariate erhielten diesen Fragekatalog auf Deutsch und Französisch zugestellt. Bei den oben dargestellten Positionsbezügen und Kommentaren handelt es sich um die validierten schriftlichen Stellungnahmen der nationalen Parteisekretariate. Die Kommentare wurden in ihrer Originalsprache belassen.

Bern, 28. August 2019

Christian Rüefli und Michèle Gerber
 Büro Vatter, Politikforschung & -beratung
 Gerberngasse 27
 3011 Bern
 +41 (0)31 312 65 75
www.buerovatter.ch
info@buerovatter.ch